

# Entwarnung an der Rentenfront?

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wird folgendes versprochen:

- Sicherung der gegenwärtigen Rentenniveaus von durchschnittlich 48% bis 2025.
- Deckelung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung bei 20%.
- Einführung einer Grundrente, die um ca. 100 Euro über der Grundsicherung liegen soll.
- Geringfügige Steigerung der Erwerbsminderungsrente.
- Ausbau der Mütterrente.
- Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Das hört sich gut an und wäre geeignet, den freien Fall der Rente zu bremsen. Es wäre jedoch noch kein Kurswechsel. Schaut man sich den Koalitionsvertrag weiter an, dann kommen Zweifel, ob die Vorhaben überhaupt finanziert werden können. Denn dafür werden mehr Zuschüsse aus Steuermitteln benötigt. Wenn aber die Körperschaftssteuer gesenkt werden soll, dann gehen die Steuereinnahmen zurück. Und wenn die Rüstungsausgaben schrittweise auf bis zu 2% des Bruttoinlandsproduktes gesteigert werden sollen, führt das zu jährlichen Mehrausgaben von bis zu 30 Milliarden Euro.

Aus der Vergangenheit ist bekannt, dass Papier geduldig ist. Das gilt auch für Koalitionsverträge. Weiter ist bekannt, dass Steuererleichterungen für Unternehmen und Reiche sowie Rüstungsausgaben seit rund 15 Jahren Vorrang vor sozialen Ausgaben hatten. Von Entwarnung kann also keine Rede sein. Deshalb sind Aufmerksamkeit und notfalls auch gewerkschaftlicher Druck von unten gefragt.

Wenn die oben angekündigten Verbesserungen der Renten verwirklicht werden würden, wären sie ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie beseitigen jedoch nicht den Zustand, dass die Rente jetzt schon für viele Gering- und Normalverdiener zu Altersarmut am Rand der Sozialhilfe führt. Deshalb müssen nach Ansicht der IG Metall folgende Dinge zusätzlich in Angriff genommen werden:

- Das gesetzliche Rentenniveau muss wieder auf 53% angehoben werden. Es ist nicht einzusehen, dass unsere Renten deutlich unter denen in unseren Nachbarländern (Österreich, Schweiz, Frankreich) liegen. Dafür werden höhere, paritätisch finanzierte Rentenbeiträge benötigt. Die jüngste Senkung der Beiträge ist der falsche Weg.
- Die neue Form der Betriebsrente darf nicht ausgebaut werden, weil sie weitgehend auf Entgeltumwandlung beruht und somit unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze zu Verlusten bei der gesetzlichen Rente führt. Außerdem gibt es keine abgesicherte Zusage für einen bestimmten Rentenbetrag. Staatliche Fördermittel für kapitalgedeckte Betriebsrenten oder Privatvorsorge sollten besser für die gesetzliche Rente eingesetzt werden.
- Das Renteneintrittsalter sollte von derzeit 67 Jahre wieder auf 65 Jahre gesenkt werden, weil immer weniger Kolleginnen und Kollegen gesund das Arbeitsende erreichen.

**Die Stärkung der gesetzlichen Rente ist möglich und notwendig. Deshalb bleiben wir dran und fordern: Rente rauf - Rüstung runter.**